88. Ist die von einem gerichtlichen Dolmetscher angefertigte Übersetzung einer in einer fremden Sprache ausgestellten Geburtsurkunde, welche dem Standesbeamten zum Zwecke des Nachweises eines Eheerfordernisses von einem Verlobten überreicht wird, eine öffentliche bezw. eine zum Beweise von Rechten erhebliche Urkunde?

St.G.B. §. 267.

Personenstandsgesetz v. 6. Februar 1875 §. 45 (R.G.Bl. S. 23).

II. Straffenat. Ur. v. 29. November 1881 g. C. Rep. 2726/81.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Es ist rechtsirrtümlich, wenn der erste Richter die mit Siegel und Unterschrift des die Richtigkeit zugleich eidestattlich versichernden Dolmetschers versehene Übersetzung des in russischer Sprache ausgefertigten Geburtsscheines als inländische öffentliche Urkunde bezeichnet. Ob der Original-Geburtsschein eine öffentliche Urkunde ist, oder nicht, erscheint unerheblich, da dieser nicht gefälscht ist. Gefälscht ist nur die von B., welcher in den Urteilsgründen als gerichtlicher Dolmetscher bezeichnet wird, angefertigte Übersetzung. Diese Übersetzung ist aber keine öffentliche Urkunde. Nach der mit den Ergebnissen der Wissenschaft übereinstimmenden Begriffsbestimmung im §. 380 C.P.D. sind öffentliche Urkunden solche, welche von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises in der vorgeschriebenen Form aufgenommen sind. Diese Kriterien liegen hier bei der in Rede stehenden Übersetzung nicht vor.

Die Bezeichnung des B. als gerichtlichen Dolmetschers kann möglicher Weise auf einer doppelten tatsächlichen Grundlage beruhen. Das Gericht kann angenommen haben, daß B. als gerichtlicher Dolmetscher angestellt und als solcher ein Beamter, oder daß derselbe nur Sachverständiger und als solcher ein für allemal beeidigt sei. In dem letzteren Falle würde von einer Befugnis des B., für Private Übersetzungen anzufertigen, welche auf öffentlichen Glauben Anspruch machen können, überhaupt nicht die Rede sein können. Aber auch bei der Unterstellung, daß B. als gerichtlicher Dolmetscher der russischen Sprache angestellt gewesen wäre, würden doch nur die von ihm in dieser Funktion für das Gericht angefertigten Übersetzungen öffentlichen Glauben genießen können, nicht aber auch Übersetzungen, welche dieser außerhalb seiner amtlichen Stellung für Private zum Zwecke der Benutzung auf dem Standesamte gemacht hat.

Gleichwohl aber erscheint die Revision als unbegründet, weil es nach den tatsächlichen Feststellungen des ersten Richters unbedenklich ist, die Urkunde als eine Privaturkunde zu bezeichnen, welche zum Be-

weise von Rechten und Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit ist. Daß zunächst der Original-Geburtschein zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen, namentlich für das Recht der Eheschließung, von Erheblichkeit ist, ergibt sich daraus, daß von dem durch den Geburtschein befundeten Alter — und bezüglich dieses liegt gerade eine Fälschung der Übersetzung vor — die Beantwortung der Frage abhängt, ob der Betreffende überhaupt bezw. nur mit Zustimmung bestimmter dritter Personen zur Abschließung einer Ehe befugt war. Daraus würde an sich aber noch nicht folgen, daß auch der Übersetzung eine gleiche Beweiserheblichkeit beizulegen sei. Für die Beantwortung dieser Frage ist vielmehr entscheidend, ob der Standesbeamte diese Übersetzung als Beweiszurkunde in Betracht ziehen durfte. Nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 45 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R.G.Bl. S. 23) ist diese Frage zu bejahen. Der §. 45 a. a. D. bestimmt, daß vor Anordnung des Aufgebotes dem Standesbeamten die zur Eheschließung gesetzlich notwendigen Erfordernisse als vorhanden nachzuweisen sind, und daß insbesondere die Verlobten ihre Geburtsurkunden in beglaubigter Form beizubringen haben. Würde der Gesetzgeber sich auf diese Bestimmungen beschränkt haben, so müßte allerdings die Beweiserheblichkeit der vorliegenden Übersetzung verneint werden. Denn da die Übersetzung den obigen Ausführungen nach nicht von einer zuständigen Person beglaubigt und keine öffentliche Urkunde ist, der Standesbeamte aber bei mangelnder Kenntnis der fremden Sprache seine Überzeugung von der Wahrheit der von dem Nupturienten bezüglich seiner Geburt gemachten Angaben nur aus dieser Übersetzung gewinnen konnte, so würde er pflichtwidrig handeln, wenn er auf die ihm vorgelegte unbeglaubigte Übersetzung irgend ein Gewicht legen wollte. Allein der §. 45 a. a. D. beschränkt den Standesbeamten in dieser Beziehung nicht. Nach §. 45 Abs. 3 a. a. D. kann derselbe vielmehr die Beibringung dieser Urkunden erlassen, wenn ihm die Thatfachen, welche durch dieselben festgestellt werden sollen, persönlich bekannt oder sonst glaubhaft nachgewiesen sind. Hiernach kann es einem Bedenken nicht unterliegen, daß rechtlich kein Hindernis für den Standesbeamten bestand, auf Grund des vorgelegten Original-Geburtscheines und der von dem gerichtlichen Dolmetscher angefertigten Übersetzung die Überzeugung von der Wahrheit der dadurch befundeten Thatfachen zu gewinnen. Es muß daher

auch diese Übersetzung für eine zum Beweise von Rechten erhebliche Privaturskunde angesehen werden.